

Die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa
und Entwicklungszusammenarbeit

Freie
Hansestadt
Bremen



ENTWICKLUNGSPOLITISCHE LEITLINIEN DER FREIEN HANSESTADT BREMEN





„Diese entwicklungspolitischen Leitlinien sind das Ergebnis eines breiten Dialogs mit Bremerinnen und Bremern. Im Namen des Senats bedanke ich mich für das große Engagement und die vielen guten Ideen. Ich bin zuversichtlich, dass es uns nun gemeinsam gelingt, die formulierten Ziele mit Leben zu füllen.“



Bevollmächtigte beim Bund, für Europa
und Entwicklungszusammenarbeit



ENTWICKLUNGSPOLITISCHE LEITLINIEN DER FREIEN HANSESTADT BREMEN

Einleitung

Das Land Bremen engagiert sich seit über dreißig Jahren in der Entwicklungszusammenarbeit. Eine Vielzahl von Akteurinnen und Akteuren sowie ein breites bürgerschaftliches Engagement haben diesen Prozess von Beginn an konstruktiv begleitet und unterstützt. Dieses Engagement war die Basis der bremischen Entwicklungszusammenarbeit und bildete den Rahmen für die Entstehung der Partnerorganisationen, die bis heute maßgeblich die Durchführung der Maßnahmen der Bremer Entwicklungszusammenarbeit wahrnehmen. Dazu zählen unter anderem die Bremer Arbeitsgemeinschaft für Überseeforschung und Entwicklung (BORDA), das Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung (biz), das Bremer entwicklungspolitische Netzwerk (BeN) und das Nord-Süd-Forum Bremerhaven. Der Senat kooperiert eng mit diesen Institutionen sowie den entwicklungspolitischen Organisationen des Bundes wie der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) oder Engagement Global und auf Länderebene mit dem World University Service.

Bremen will im Rahmen seiner Möglichkeiten auch weiterhin in angemessener Weise zur Erreichung der von der internationalen

Staatengemeinschaft vorgegebenen Ziele zur Bekämpfung von Armut, Menschenrechtsverletzungen, sozialer Ungleichheit und Umweltzerstörung beitragen. Dazu setzt sich der Senat auch auf Ebene des Bundes und der EU für eine konsequente Umsetzung der internationalen entwicklungspolitischen Ziele in allen Politikbereichen ein.

Unser Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit ist geprägt vom Prinzip der internationalen Solidarität, Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit. Partnerschaften auf Augenhöhe mit unseren internationalen Partnern dienen dem gegenseitigen Lernen und helfen beiden Seiten, ein besseres Verständnis für globale Zusammenhänge, Chancen und Defizite zu entwickeln.

In der Kooperation mit unseren Partnern im Globalen Süden fördern wir seit jeher grundsätzlich nur Projekte und Prozesse, die sich auf die Forderungen und lokalen Bedürfnisse unserer Partner beziehen und sowohl in einem partizipativen Prozess geplant als auch in gemeinsamer Verantwortung zwischen Nord- und Südpartnern umgesetzt werden. Dabei spielt die Stärkung der Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung vor Ort eine zentrale Rolle. An diesem Prinzip wollen wir uns weiter orientieren.



Seit Beginn der entwicklungspolitischen Aktivitäten des Landes Bremen haben sich in der Welt tiefgreifende Änderungen vollzogen. In vielen Ländern und Regionen der Welt sind beeindruckende und ermutigende Erfolge in der Bekämpfung der Armut erreicht worden. So wurde beispielsweise in den letzten Jahren die Kindersterblichkeit beinahe halbiert. In anderen Bereichen sind die Regierungen der Länder auch mit Unterstützung der Weltgemeinschaft nicht in der Lage, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Naturkatastrophen und gewalttätige Konflikte führen zudem immer wieder zu Rückschlägen in der gemeinsamen Verantwortung für eine zukunftsfähige Gestaltung der EINENWELT.

Das Jahr 2015, als Europäisches Jahr der Entwicklung und Zieljahr der Millennium Development Goals, ist ein guter Anlass, um das eigene Handeln zu reflektieren und sich im Dialog über zukünftige Ziele zu verständigen. Die Bremische Bürgerschaft hat daher den Senat beauftragt (Drs. 18/1438), gemeinsam mit der Zivilgesellschaft in Bremen und Bremerhaven entwicklungspolitische Leitlinien zu erarbeiten.

In der Entwicklungszusammenarbeit geht es heute um mehr als Programme und Projekte. Sie ist vielmehr Ausdruck der gemeinsamen Wahrnehmung unserer

Verantwortung für die EINEWELT, in der es grundlegender politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Veränderungen im Norden und im Süden bedarf. Insofern richten sich diese Leitlinien auch nicht nur an eine Zusammenarbeit mit dem Globalen Süden, sondern sind global ausgerichtet. Alle gesellschaftlichen und politischen Bereiche sind darum gefordert, ihr Handeln im Hinblick auf Entwicklung, Nachhaltigkeit und gerechte Bedingungen hin zu überprüfen und auszurichten. Dies gilt auch für das Land Bremen.

Diese vorliegenden entwicklungspolitischen Leitlinien sind das Ergebnis eines breiten Beteiligungsprozesses mit der Zivilgesellschaft unserer beiden Stadtgemeinden. Sie bilden die Grundlage für das künftige entwicklungspolitische Handeln des Senats. Sie orientieren sich zudem an den entwicklungspolitischen Beschlüssen der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder, der Zukunftscharta des Bundes und den von den Vereinten Nationen im Herbst 2015 zu verabschiedenden globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen.

BREMEN IN DER WELT



Als Hansestadt und Hafenstandort pflegt die Freie Hansestadt Bremen in allen gesellschaftlichen Bereichen Beziehungen zu Städten und Ländern weltweit. Bremische Unternehmen sind im Rahmen ihrer Wirtschaftstätigkeit global aktiv, Institute der Wissenschaft beteiligen sich an internationalen Forschungsprojekten und das Land Bremen pflegt offizielle Beziehungen zu befreundeten und Partnerstädten im Globalen Norden ebenso wie im Globalen Süden. Bremerinnen und Bremer mit Migrationshintergrund aus vielen Ländern der Welt unterhalten zum Teil enge Beziehungen in ihre Herkunftsländer. Die bremische Entwicklungszusammenarbeit will in diesem Rahmen einen Beitrag zur Armutsbekämpfung, Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen, Förderung von Demokratie und Frieden sowie zu Umwelt- und Klimaschutz in den Ländern und Städten leisten, mit denen wir partnerschaftlich zusammenarbeiten.

01



Internationaler Austausch auf Augenhöhe

Städtepartnerschaften und -freundschaften sind ein wichtiger Bestandteil der breimischen internationalen Beziehungen. Sie fördern den Austausch und das gegenseitige Lernen in vielen relevanten gesellschaftlichen Bereichen sowie den Aufbau von Freundschaften von Bremerinnen und Brevern mit den Menschen vor Ort. Städtepartnerschaften und -freundschaften dienen der Völkerverständigung und gegenseitigen Bereicherung ebenso wie dem Aufbau von politischen und wirtschaftlichen Kontakten.

Mit Durban in Südafrika, Windhuk in Namibia und Pune in Indien unterhält Bremen zu drei Städten im Globalen Süden Partnerschaften und Kontakte. In Bremerhaven werden seit langem Kontakte etwa nach Bolivien oder Südafrika gepflegt.



Die Freie Hansestadt Bremen fördert daher explizit den Austausch mit unseren Partner- und Freundschaftsstädten sowohl im politischen Bereich und der Verwaltung als auch seitens der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Religionsgemeinschaften und Wirtschaft.

In den letzten Jahren haben sich die Beziehungen zwischen Bremen und Durban intensiviert. Insbesondere zivilgesellschaftliche Organisationen wie der Verein Partnerschaft Bremen – Durban e.V. engagieren sich mit vielen aktiven Austauschprojekten. Auch auf Ebene der Politik und Verwaltung gibt es einen regelmäßigen Kontakt, unter anderem im Rahmen der bestehenden Klimapartnerschaft mit Durban.



Wir streben an, entwicklungspolitisch relevante Themen, die eine nachhaltige Entwicklung unterstützen, wie etwa faire Handels- und Arbeitsbedingungen, Förderung von Demokratie und Menschenrechten, Ernährungssouveränität sowie Umwelt- und Klimaschutz in die Arbeit mit allen Städten, zu denen wir partnerschaftliche Beziehungen pflegen, zu integrieren.

Mit der namibischen Hauptstadt Windhuk kooperiert Bremen seit vielen Jahren und unterstützt derzeit dort Projekte im Bereich Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz.

Mit unserer chinesischen Partnerstadt Dalian arbeiten wir seit Jahren im Bereich der Förderung und Erforschung von Elektromobilität zusammen. Insbesondere in den stark durch Luftverschmutzung belasteten chinesischen Großstädten, aber auch in allen heutigen und zukünftigen Megastädten weltweit sind nachhaltige Lösungen für emissionsarme Mobilität ein drängendes Thema für die zukünftige Entwicklung.

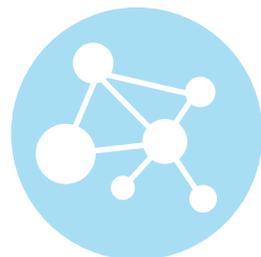


Migration und Entwicklung

Von Migrantinnen und Migranten angestoßene entwicklungspolitische Initiativen und Projekte sollen stärker mit den vorhandenen Strukturen vernetzt und die Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Organisationen gefördert werden. Ihr Engagement in den jeweiligen Heimatländern wollen wir nach Kräften unterstützen.

Wirtschaft und Entwicklung

Die Freie Hansestadt Bremen unterstützt eine intensivere Vernetzung von Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaft mit dem Ziel, im Rahmen ausgewählter Maßnahmen der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit eine nachhaltige und menschenwürdige Entwicklung in den Partnerländern zu fördern, die zum Nutzen und Fortschritt aller beteiligten Akteure beiträgt. Dabei fördern wir u.a. den Kontakt mit Migrantinnen und Migranten in Bremen, um deren Kenntnisse und Kontakte in die Herkunftsländer zum beiderseitigen Nutzen einzubringen.





Die bremische Hafengesellschaft bremenports führte und führt in Kooperation mit der GIZ – Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit – und weiteren bremischen Partnern z.B. in Indonesien und Timor Leste bereits wichtige Projekte in den Bereichen Hafententwicklung, Beratung und Ausbildung durch.



Die Freie Hansestadt Bremen begrüßt alle Initiativen, die darauf ausgerichtet sind, internationale Grundsätze wie die OECD-Guidelines für multinationale Unternehmen, den UN-Global Compact sowie die ILO-Kernarbeitsnormen zu beachten und umzusetzen. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf Transparenz und die Bekämpfung von Korruption zu legen. Die Bremer Handelskammer ist dabei unser wichtigster Kooperationspartner.

Bremen nimmt seine Verantwortung als Hauptstadt des Fairen Handels wahr und setzt sich für verbindliche Umwelt- und Sozialstandards entlang der Lieferkette der Unternehmen und entsprechende Offenlegungspflichten ein. Bremer Unternehmen mit Standorten im Ausland sind aufgerufen, ihren Beitrag zur Ausbildung junger Menschen in den jeweiligen Ländern zu leisten.

Die Freie Hansestadt Bremen hat als eines der ersten Bundesländer in ihrem Vergabegesetz verankert, dass soziale und ökologische Kriterien bei der Auftragsvergabe zwingend zu berücksichtigen sind. Im Jahr 2010 wurden außerdem die Friedhofsträger per Gesetz ermächtigt, Grabsteine aus Kinderarbeit von der Verwendung auszuschließen.



Nachhaltige Entwicklungsprojekte

Erst wenn die Grundbedürfnisse der Menschen in unseren Partnerländern erfüllt sind, kann eine persönliche und gesellschaftliche Entwicklung wirklich nachhaltig gelingen. Bremen fördert Projekte von Nichtregierungsorganisationen, Initiativen und Religionsgemeinschaften aus dem Land Bremen, die zur Erfüllung dieser Grundbedürfnisse wie beispielsweise Recht auf Nahrung, Zugang zu sauberem Wasser und Sanitäranlagen sowie Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung in Ländern des Globalen Südens beitragen. Projektansätze zu Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz unterstützen diese mit der Zielsetzung, die natürlichen Lebensbedingungen zu erhalten und zu verbessern.

Unsere Partnerorganisation, die Bremer Arbeitsgemeinschaft für Überseeforschung und Entwicklung (BORDA) engagiert sich seit über dreißig Jahren im Bereich der sanitären Grundversorgung und hat mit Bremer Unterstützung vielen Menschen Zugang zu sauberem Wasser und zu zuverlässigen Toilettenanlagen verschafft.

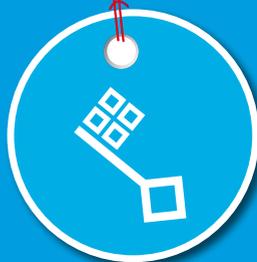


Die Bremer Expertise im Gesundheitsbereich soll für unsere entwicklungspolitischen Maßnahmen genutzt werden. Insbesondere in Bereichen der Krankheitsprävention, Aufklärung und Gesundheit von Frauen kann sich Bremen in seinen Partnerländern engagieren.

Weltweit sind so viele Menschen auf der Flucht wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Wir wollen mit unseren Maßnahmen dazu beitragen, Fluchtursachen zu bekämpfen. Die im Land Bremen aufgenommenen Flüchtlinge wollen wir schnellstmöglich integrieren und ihnen ein selbstbestimmtes Leben in der Mitte unserer Gesellschaft ermöglichen.

Die Durchsetzung der Menschenrechte, der Aufbau von Demokratie, Friedensförderung und Konfliktprävention sowie die Gleichstellung der Geschlechter sind wichtige Aspekte für eine gerechte Entwicklung der Gesellschaften im globalen Kontext. Daher werden partizipative Projektansätze zu diesen Themen begrüßt.





Ziel 1

Das Land Bremen fördert Projekte der entwicklungspolitischen Auslandsarbeit, die sich an den Maßstäben zur Erreichung der Sustainable Development Goals orientieren.

Ziel 2

Der Senat und die entwicklungspolitischen Organisationen in Bremen und Bremerhaven intensivieren den Dialog mit den Initiativen und Projekten von hier lebenden Migrantinnen und Migranten und binden diese in bestehende Netzwerke ein.

FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE

Kein Frieden ohne Gerechtigkeit,
keine Gerechtigkeit ohne Frieden.

Die globalen Krisen der Gegenwart haben wieder gezeigt, dass kriegerische Auseinandersetzungen nicht zu politischen Lösungen beitragen. Im Sinne der Präambel der Bremischen Landesverfassung ist es das Ziel der Freien Hansestadt Bremen und ihrer Bürgerinnen und Bürger, „... eine Ordnung des gesellschaftlichen Lebens zu schaffen, in der die soziale Gerechtigkeit, die Menschlichkeit und der Friede gepflegt werden...“ Frieden und Menschenrechte bilden die Grundlage für eine gerechte Gesellschaft. Die Beachtung menschenrechtlicher und völkerrechtlicher Bestimmungen in allen Bereichen ist daher für die Freie Hansestadt Bremen unerlässlich.



Friedensförderung & Menschenrechte

Die Förderung der Durchsetzung und Umsetzung menschenrechtlicher und völkerrechtlicher Bestimmungen sind ein grundlegendes Element der Entwicklungspolitik und daher eine Basis der Bremer Entwicklungszusammenarbeit, die sich als Querschnittsthema durch alle Projekte und Handlungsfelder zieht.

Die Freie Hansestadt Bremen setzt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf nationaler und europäischer Ebene dafür ein, Initiativen für die Umsetzung völkerrechtlicher und menschenrechtlicher Bestimmungen zu unterstützen, ihre Ratifizierung zu forcieren und ihre Umsetzung in Deutschland und Europa einzufordern.

Die Bremische Bürgerschaft hat sich als erstes Landesparlament mit dem ILO-Übereinkommen 169 über eingeborene und in Stämmen lebende Völker befasst und den Senat gebeten, auf Bundesebene aktiv zu werden. Im März 2015 hat der Bundesrat die Bremer Initiative angenommen und die Bundesregierung zur Ratifikation des Übereinkommens aufgefordert.



Der vom Senat verliehene Bremer Solidaritätspreis sowie weitere, zum Teil durch die Bremer Zivilgesellschaft initiierte, Preise unterstützen den Einsatz für Frieden und Menschenrechte weltweit, in dem sie engagierte Personen und Initiativen würdigen, ihren Einsatz fördern und durch die geschaffene Öffentlichkeit weltweite Problemlagen in unserer Gesellschaft thematisieren. Sie stellen damit eine wichtige Form der Unterstützung von Friedens- und Menschenrechtsarbeit dar und zeigen auf, dass internationale Solidarität für uns eine herausragende Bedeutung hat.

Krisenintervention, bürgerschaftliches Engagement

Von kriegerischen Auseinandersetzungen, Naturkatastrophen und Seuchen bedrohten Menschen muss schnell und unbürokratisch geholfen werden. In der Vergangenheit haben die Bremer Bürgerinnen und Bürger durch ihre Spenden- und Hilfsbereitschaft immer wieder eindrucksvoll Solidarität und Anteilnahme zum Ausdruck gebracht. Das Land Bremen wird im Rahmen seiner Möglichkeiten auch weiterhin Maßnahmen der internationalen Nothilfe unterstützen.

Im Nordirak müssen hunderttausende syrische Flüchtlinge in provisorischen Unterkünften leben. Bremen hat die Anschaffung von dringend benötigten Heizöfen für den Winter 2014/15 finanziell unterstützt.



Menschen, die auf unsere Solidarität für ein Leben in Sicherheit angewiesen sind, sind in Bremen willkommen. Bremen wird sich auch weiterhin aktiv an Initiativen wie dem Resettlement-Programm zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Krisengebieten beteiligen.

Rüstungspolitik

Die Landesregierung setzt sich auf nationaler und europäischer Ebene für eine restriktive Rüstungsexportpolitik ein. Klare Kriterien und mehr Transparenz sind hierfür unverzichtbare Voraussetzungen.

Studium, Lehre und Forschung an den Hochschulen im Lande Bremen dienen ausschließlich friedlichen Zwecken. Die Zivilklauseln der Hochschulen im Lande Bremen, die jede Beteiligung von Wissenschaft an Forschung mit militärischer Nutzung oder Zielsetzung ablehnen, sollen strikte Beachtung und Umsetzung finden.





BILDUNG ALS SCHLÜSSEL

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit leistet einen wichtigen Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung. Dabei ist insbesondere die frühe Vermittlung von Wissen und Kompetenzen an Kinder und Jugendliche hervorzuheben, denn hierdurch erhält die zukünftige Generation das Wissen und die Möglichkeit zum Denken in globalen Zusammenhängen und damit zum Nachdenken, Umdenken und verantwortlichen Handeln.



03



Globales Lernen

Die Freie Hansestadt Bremen wird Bildung für nachhaltige Entwicklung und globales Lernen in Schulen und außerschulischen Lernorten weiter fördern und intensivieren. Die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz (KMK) zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule“ (Beschluss vom 15. Juni 2007) sind für die Bildungspläne umgesetzt. Dabei streben wir an, Bildung für nachhaltige Entwicklung als Querschnittsthema weiter in den Schulen und Hochschulen zu verankern. Wir orientieren uns hierbei am Entwurf des „Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung“, der der KMK im Sommer 2015 vorgelegt wird.

Globales Lernen muss einen festen Platz in Schulen und Kitas haben. Die Fähigkeiten zur Vermittlung von Bildung für nachhaltige Entwicklung von Lehrerinnen und Lehrern, Ausbilderinnen und Ausbildern sowie Erzieherinnen und Erziehern müssen daher gestärkt und schon in deren Ausbildung berücksichtigt werden.

Die Freie Hansestadt Bremen arbeitet eng mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren für die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit zusammen, die wichtige Partner für den Austausch und die Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung und globalem Lernen auf Landesebene in der Jugend- und Erwachsenenbildung sind. Das erfolgreiche Programm der Eine Welt-PromotorInnen wollen wir gemeinsam mit dem Bund fortführen.





Das Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung (biz) und das Nord-Süd-Forum in Bremerhaven informieren seit vielen Jahren zu wichtigen globalen Themen wie Fairem Handel, Wasser und Menschenrechten. In der Zusammenarbeit mit Schulen werden für Lehrerinnen und Lehrer u.a. verschiedene Unterrichtseinheiten angeboten. Die zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen und Aktionen leisten einen wichtigen Beitrag zur Sensibilisierung der Bremer Bevölkerung für entwicklungspolitische Belange und fördern ein besseres Verständnis für unsere gemeinsame Verantwortung für die EINEWELT.



Wissen und Bildung bedürfen der globalen Begegnung und des internationalen Austausches, um die gegenseitigen Lebensrealitäten der Menschen in anderen Ländern kennen zu lernen, Vorurteile ab- und Verständnis aufzubauen. Bremen fördert die Begegnung mit unseren Partnern im globalen Süden, um durch Austausch von Wissen und Erfahrung auf Augenhöhe voneinander zu lernen. Dabei unterstützen wir besonders den interkulturellen Austausch von jungen Menschen in Schulpartnerschaften, Studierenden- und Jugendaustausch. Ein Fokus liegt dabei auf der Vermittlung von Kompetenzen zur Konfliktlösung und –prävention im Rahmen dieser Austausche.

Ein besonderes Anliegen ist es für uns, jungen Menschen aus dem globalen Süden einen Austausch nach Bremen zu ermöglichen, um so den Aufbau von Wissen und Erfahrung in unseren Partnerländern zu fördern. Sportbezogene und Kulturprojekte sind besonders dazu geeignet, soziale Kontakte unter jungen Menschen zu fördern und Sprachbarrieren zu überwinden. Der Sportgarten Bremen e.V. organisiert u.a. den Austausch von Jugendlichen in Sport- und Begegnungsreisen nach Durban. Junge Menschen aus Durban haben die Möglichkeit, Praktika im Sportgarten in Bremen durchzuführen.





Hochschulen

Die Hochschulen in Bremen und Bremerhaven unterhalten vielfältige Partnerschaften in alle Welt. Dieser Austausch stärkt die Beziehung der Einrichtungen zueinander; gleichzeitig sind die Hochschulen des Landes Bremen attraktive Lernorte auch für Menschen aus dem globalen Süden. Bremen möchte die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit fortführen und intensivieren. Der Austausch von wissenschaftlichem Personal soll dazu beitragen, Bildungsstrukturen in den Ländern des globalen Südens zu verbessern.

Internationale Aus- und Fortbildung

Bremens Rolle als internationaler Lernstandort im Capacity Building soll gestärkt werden. Der Austausch zum Beispiel von Fach- und Führungskräften in Unternehmen und Verwaltung ist ein Gewinn für beide Seiten.



Ziel 3

Der Senat unterstützt und fördert die entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit in Bremen und Bremerhaven über die zivilgesellschaftlichen Akteure.

Ziel 4

Bildung für nachhaltige Entwicklung findet Einzug in die Ausbildung von LehrerInnen und ErzieherInnen.

NACHHALTIG LEBEN



Nachhaltigkeit bedeutet, nicht auf Kosten anderer oder zukünftiger Generationen zu leben. Angesichts der weltweiten Armut und der Herausforderungen des Klimawandels steht auch Bremen in der Verantwortung, sich in allen Bereichen am Prinzip der Nachhaltigkeit zu orientieren. Zugleich ist wirtschaftliche Entwicklung die Voraussetzung zum Abbau von Armut. Dies darf jedoch nicht auf Kosten von sozialen Rechten oder dem Raubbau an Umwelt und Natur geschehen. Gerechte Handelsbeziehungen spielen daher eine wichtige Rolle bei der nachhaltigen Entwicklung in vielen Ländern des Südens, insbesondere für deren Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Produzentinnen und Produzenten. Die Auszeichnung Bremens als Hauptstadt des Fairen Handels sowie Bremens und Bremerhavens als Fairtrade-Towns sind eine motivierende Anerkennung des bisherigen Engagements.



Nachhaltiger Konsum

Bremens öffentliche Beschaffung wird nach ökologischen und sozialen Kriterien ausgerichtet. Bremen unterstützt Initiativen auf Ebene des Bundes und der EU, die den Fairen Handel fördern und sich für mehr Transparenz sowie soziale und ökologische Nachhaltigkeit entlang der Produktions- und Lieferkette einsetzen.

Bremen lehnt Handelsabkommen ab, die die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einschränken oder existierende Schutzstandards herabsetzen.

Nur informierte Verbraucherinnen und Verbraucher können bewusste Konsumentscheidungen treffen. Eine entsprechende Informations- und Bildungsarbeit ist deshalb unerlässlich. Einzelhändler und Gastronomen mit Schwerpunkt auf einem fairen und ökologischen Angebot haben ihren festen Platz in Bremen und Bremerhaven, ebenso wie Initiativen und Projekte, die sich nachhaltigen Lebens- und Konsumideen widmen.

Ernährung und besonders unser Fleischkonsum sind nicht nur eine Frage persönlicher Vorlieben, sondern werden auch immer mehr zu einer Frage von Nachhaltigkeit und Verteilungsgerechtigkeit. Bremen will unter der Marke „Biostadt Bremen“ den Anteil von „bio, regional, fair“-Lebensmitteln in Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung erhöhen. Attraktives, vegetarisches Essen soll als gleichberechtigtes Standardangebot flächendeckend verfügbar sein. Darüber hinaus unterstützt der Senat Initiativen und Projekte, die der Verschwendung von Lebensmitteln entgegen wirken.

Die Breminale ist ein jährliches kulturelles „Highlight“ für viele Bürgerinnen und Bürger. Mit Events wie dem Bio-Dorf oder den fairen Modeschauen bietet sie Gelegenheit, sich mit Themen wie nachhaltigem Konsum und Ernährung auseinanderzusetzen.



Die Verbindung von sozialem Gedanken, nachhaltigem Handeln und Ökonomie in Unternehmen, die sich der Lösung sozialer oder ökologischer Probleme verschreiben, kann einen wertvollen Beitrag zur Bekämpfung von gesellschaftlichen Problemen, Armut oder Umweltzerstörung leisten. In Bremen erhalten engagierte Gründerinnen und Gründer im Rahmen der bestehenden Förderprogramme die Möglichkeit, ihre Ideen für neue Projekte umzusetzen und dafür Starthilfe zu erhalten. Insbesondere bei Sozialunternehmen mit Projekten in Südländern bietet sich für hier lebende Migrantinnen und Migranten die Chance, sich mit ihren Kenntnissen und Fähigkeiten einzubringen.

Umwelt & Klimaschutz

Bremen bekennt sich zu seiner Verantwortung im Rahmen der globalen Klimagerechtigkeit. Das Klimaschutz- und Energieprogramm 2020 ist die Richtschnur unserer Bemühungen, unseren CO₂-Ausstoß zu verringern. Auch wenn für Bremerhaven und Bremen die Auswirkungen des Klimawandels in Zukunft zunehmend spürbarer werden, sind unsere Partnerstädte im globalen Süden vom Klimawandel und seinen Folgen deutlich stärker betroffen als wir.

Daher stehen wir ihnen bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zum Klimaschutz vor Ort zur Seite. Der Austausch von Wissen ermöglicht dabei ein gegenseitiges Lernen in beide Richtungen.

Die Verwertung und Vermeidung von Abfall tragen dazu bei, die natürlichen Ressourcen weltweit zu schonen und die Umwelt zu schützen. Plastikmüll verschmutzt in besonderer Weise die Umwelt, da er sowohl die Natur an Land als auch das Ökosystem der Meere nachhaltig schädigt. Bremen begrüßt und unterstützt daher innovative Initiativen zur Müllvermeidung sowie zur Verlängerung der Nutzungsdauer von Konsumprodukten vor Ort und im globalen Kontext. Der illegale Export von Elektroschrott und anderen gefährlichen Abfällen muss eingedämmt werden. Auch die öffentliche Hand verursacht einen ökologischen Fußabdruck. Der durch Dienstreisen verursachte CO₂-Ausstoß soll durch geeignete Maßnahmen kompensiert werden.





Ziel 5

Die öffentliche Beschaffung wird in der Freien Hansestadt Bremen nach ökologischen und sozialen Kriterien ausgerichtet, indem insbesondere das Vergabegesetz konsequent umgesetzt wird.

Ziel 6

Für alle Behörden Bremens wird ein Mechanismus zur Kompensation des CO₂-Ausstoßes bei Dienstreisen eingerichtet.

VERLÄSSLICHE RAHMEN- BEDINGUNGEN

Diese entwicklungspolitischen Leitlinien sind Richtschnur für alle öffentlichen Institutionen des Landes Bremen und seiner Stadtgemeinden. Der Senat wird darauf achten, dass landespolitische Entscheidungen nicht im Widerspruch zu den Grundlagen und den Zielen dieser Leitlinien stehen. Darüber hinaus dienen sie als Orientierungsrahmen der institutionellen und projektbezogenen Förderpolitik des Senats.



05



Zusammenarbeit und Kooperation

Das Land Bremen arbeitet eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Religionsgemeinschaften, der Wirtschaft in Bremerhaven und Bremen, den entwicklungspolitischen Organisationen des Bundes und Organisationen in den Ländern des globalen Südens zusammen, um die Wirksamkeit der Maßnahmen zu verbessern und Drittmittel zu gewinnen. Mit den Bundesländern und dem Bund steht Bremen im ständigen Dialog zu entwicklungspolitischen Themen und beteiligt sich an den entsprechenden Gremien, wie etwa dem jährlichen Treffen der für Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Ministerinnen und Minister des Bundes und der Länder.

Entwicklungspolitik umfasst Themen und Aufgaben aller Ressorts des Senats. Bremen wird daher einen ressortübergreifenden Arbeitskreis einrichten, der zur Abstimmung einer kohärenten Entwicklungspolitik des Senats und des Bremerhavener Magistrats im Sinne dieser Leitlinien dienen soll.

Die zahlreichen engagierten Bürgerinnen und Bürger der Freien Hansestadt Bremen leisten meist auf ehrenamtlicher Basis einen wertvollen Beitrag für die Ziele der Entwicklungspolitik und sind gleichermaßen Kern und Ausgangspunkt der entwicklungspolitischen Bestrebungen des Landes. Dieses Engagement soll weiter gefördert und unterstützt werden. Der Senat steht daher im ständigen Dialog mit den zivilgesellschaftlichen Strukturen der beiden Stadtgemeinden und konsultiert diese bei grundlegenden Entscheidungen mit entwicklungspolitischem Bezug.

Das Bremer entwicklungspolitische Netzwerk (BeN) dient als Landesnetzwerk der Organisation und Vernetzung der entwicklungspolitischen Initiativen im Lande Bremen. Neben seiner inhaltlichen Arbeit ist das BeN als Dachorganisation daher ein wichtiger Ansprechpartner für den Senat.



Die Sensibilisierung von jungen Menschen für entwicklungspolitische Themen ist von herausragender Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung in der EINENWELT. Die Förderung von entwicklungspolitischem Engagement der Bürgerinnen und Bürger im Land Bremen wird daher zukünftig vom Senat in geeigneter Weise gefördert. Dabei soll vor allem jungen Menschen die Möglichkeit gegeben werden, sowohl eigene Projekte umzusetzen als auch dem Senat bei der Entwicklung innovativer Formate beratend zur Seite zu stehen.

Die praktische Durchführung entwicklungspolitischer Projekte und Angebote liegt hauptsächlich bei den in Bremerhaven und Bremen tätigen Initiativen und Organisationen. Das Land fördert die Vernetzung der Organisationen in Bremen und mit ihren Kooperationspartnern im globalen Süden.

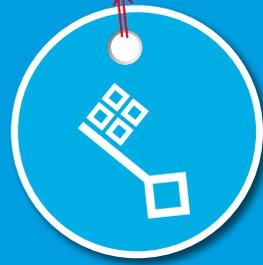
Die Initiative „Rest-Cent“ der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist ein gutes Beispiel, wie sich in Zeiten knapper Kassen mit kreativen Ideen zusätzliche Mittel für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit gewinnen lassen. Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft wollen wir zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten erproben und dabei die in den letzten Jahren entstandenen neuen Möglichkeiten des Fundraising über das Internet nutzen.

Wirksamkeit & Fortschreibung

Diese Leitlinien werden alle vier Jahre auf ihre grundsätzliche Ausrichtung und Wirkung hin überprüft und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft sowie den Partnerorganisationen weiterentwickelt.

Die entwicklungspolitischen Fördermaßnahmen des Landes werden regelmäßig überprüft, um sicherzustellen, dass die in den Leitlinien formulierten Ziele unter Beachtung von Kohärenz, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit sowie unter Ausschluss von Korruption bestmöglich erreicht werden.





Der partizipative Prozess der Entwicklung der Leitlinien wird kontinuierlich fortgesetzt. Dies geschieht durch die Beteiligung der Bremer Partnerorganisationen und aller engagierten Akteurinnen und Akteure im Rahmen eines regelmäßig stattfindenden offenen Forums. Dieses führt den begonnenen Diskurs weiter, begleitet die Umsetzung und wird an der Auswertung der Maßnahmen beteiligt.

Im Sinne des Informationsfreiheitsgesetzes wird zukünftig eine Übersicht aller institutionellen und projektbezogenen entwicklungspolitischen Förderungen des jeweiligen Vorjahres im Internet veröffentlicht, um die Transparenz der Fördermittelverwendung zu gewährleisten.



Ziel 7

Der Senat initiiert in Kooperation mit den entwicklungspolitischen Organisationen ein Projekt zur entwicklungspolitischen Partizipation junger Menschen.

Ziel 8

Ein entwicklungspolitisches Forum wird eingerichtet und berät den Senat bei der Umsetzung dieser Leitlinien.

Ziel 9

Der Senat richtet einen ressortübergreifenden Arbeitskreis Entwicklung ein.

KONTAKT

Die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa
und Entwicklungszusammenarbeit

Ansgaritorstraße 22

D – 28195 Bremen

Tel.: 0421 / 361-2987 / -4505

Fax: 0421 / 361-2648

office@ez.bremen.de

www.ez.bremen.de

Fotonachweis:

Seiten 1, 13, 15, 17, 19, 25 & 27 – Freie Hansestadt Bremen

Seiten 11, 14 & 23 unten – BORDA e. V.

Seite 15 oben – Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung

Seite 7 – Koordinationsstelle Umwelt Bildung Bremen

Seite 9 – bremenports

Seite 18 – Brot für die Welt / Reddymake

Seite 21 – BeN e. V.

Seite 23 oben – © TransFair e.V. / Christian Kluge

2. Auflage, Juli 2015

